

Video-Podcast der Bundeskanzlerin #15/2016

7. Mai 2016

Die Fragen stellte die Politikwissenschaftlerin Yasmin Honnef aus Bochum.

Yasmin Honnef:

Frau Bundeskanzlerin, nächsten Dienstag nehmen Sie am Kongress der Deutschen Lokalzeitungen teil. Bundesweit kämpfen Verleger mit sinkenden Leserzahlen. Sind bürgernahe Regionalzeitungen ein Auslaufmodell? Und gibt es eine Alternative dazu?

Bundeskanzlerin Merkel:

Ich glaube, dass Lokalzeitungen sehr, sehr wichtig sind und überhaupt kein Auslaufmodell. Sie verkörpern eine sehr gute Mischung aus – einerseits – Informationen über nationale und internationale politische Ereignisse, aber gleichzeitig auch sehr viele Informationen über die eigene Region, über die eigene Heimat. Und damit über das, was die Menschen auch täglich erleben oder was sie umtreibt oder was sie gerne aus ihrer nächsten Umgebung wissen wollen. Insofern wird sich vielleicht das Auftreten der Lokalzeitungen auch ein bisschen verändern – dahingehend, dass es eine digitale Ausgabe gibt, oder dahingehend, dass man natürlich Onlineangebote hat; vielleicht auch, dass man sich für den politischen Teil manchmal mehr zu größeren Regionen zusammenschließt und dann wieder Unterteile für die einzelnen Regionen hat. Aber das Modell, bin ich ganz überzeugt, hat Zukunft.

Ein Thema des Kongresses ist die Glaubwürdigkeit der Medien. Von bestimmten Teilen der Gesellschaft werden Zeitungen und Rundfunk als „Lügenpresse“ beschimpft. Was kann die Bundesregierung tun, um das Vertrauen dieser Bürger wiederzugewinnen?

Ich glaube, dass diese pauschale Verurteilung überhaupt nicht zutrifft. Denn die Qualität deutscher Zeitungen ist, glaube ich, auch im internationalen Vergleich sehr gut. Es wird viel und gut recherchiert und auch viel Interessantes angeboten. Natürlich müssen sich Medien auch immer fragen: Erreichen wir Menschen? Berichten wir umfassend? Nehmen wir alle Meinungen auf, und finden wir konstruktive Antworten? Und die Bundesregierung hat die Aufgabe, die Vielfalt der Presse – sozusagen – zu ermöglichen: durch möglichst gute Rahmenbedingungen, die wir schaffen. Es gibt viele Möglichkeiten, gerade junge Leute auch mit Zeitungen und mit dem Zeitungslesen zusammenzubringen. Das sind unsere Aufgaben. Und natürlich ist eine Aufgabe der Bundesregierung auch, die Medien gut zu informieren, so dass man dann auch sachgerecht schreiben kann. Aber ich glaube, es ist auch eine Aufforderung an alle, wobei ich diese pauschale Verurteilung völlig falsch finde.

Die Kommunikations- und Medienlandschaft hat sich in den letzten 20 Jahren stark gewandelt. Stichwort: digitale Revolution. Wie hat sich das Verhältnis von Medien und Regierung verändert? Und wie hat sich Ihr persönlicher Regierungsstil vielleicht verändert?

Dass sich mein persönlicher Regierungsstil, wie Sie sagen, also die Art, wie ich die Bundesregierung führe, verändert hat, das glaube ich nicht. Natürlich sind wir in unserem Informieren, in unserem Informationsverhalten – auch gegenüber Medien – sicherlich schneller geworden und auch vielfältiger geworden. Der Regierungssprecher ist auch bei Twitter mit dabei. Die Bundesregierung hat einen Facebook-Auftritt; das gab es natürlich früher nicht. Dadurch haben Menschen auch die Möglichkeit, Dinge immer wieder abzurufen, ohne dass sie jetzt andere Medien – zum Beispiel Zeitungen – zur Hand nehmen. Da gibt es auch sehr viel Interesse – interessanterweise. Das Medienangebot der Bundesregierung ist sicherlich vielfältiger geworden. Und natürlich ist auch mein Medienverhalten anders geworden; also, man kann heute Nachrichtensendungen jederzeit sehen, muss nicht auf den Beginn der Tagesschau oder der Heute-Nachrichten oder anderer Nachrichten warten. Und das individualisiert natürlich das Medienverhalten; man ist öfter dabei, sich auch neue Nachrichten anzuschauen. Und was mir bei mir selber noch auffällt, ist: Neben dem, was man an Agenturmeldungen oder an Berichten liest, ist natürlich das Video, das kurze Video, inzwischen auch ein ganz beliebtes Mittel geworden, sich ein Eindruck von etwas zu verschaffen; und das ist schon auch eine Bereicherung, wie ich finde.

Der Fall Böhmermann beherrscht seit Wochen die Schlagzeilen. Wie wichtig sind Grundsatzdebatten wie diese für die Pressefreiheit?

Ich glaube, die Pressefreiheit ist ein sehr, sehr wichtiges Gut. Sie ist Teil unserer grundgesetzlichen Vorgaben, unseres grundgesetzlichen Rahmens. Die Pressefreiheit ist die Voraussetzung dafür, dass Bürgerinnen und Bürger auch transparent Informationen bekommen können, sich über unterschiedliche Meinungen ein Bild machen können. Und deshalb ist die Presse- und Meinungsfreiheit eben unverzichtbar. Sicherlich gibt es immer wieder Gelegenheiten, darüber zu debattieren – und eins ist klar: Wenn über die Frage „Wo sind die Grenzen der Pressefreiheit?“ debattiert werden kann, dann findet das nicht im politischen Raum statt, sondern dann entscheiden das Gerichte. Dafür haben wir ein Rechtssystem; und die Gerichte sind unabhängig. Aber ansonsten gilt es, die Pressefreiheit zu schützen und sie als einen wirklich wichtigen Eckpfeiler unseres demokratischen Zusammenlebens zu achten.